

Kromphardt, Juergen; Schneider, Stephanie

Article

Zur Bedeutung der Arbeitsmarktbedingungen fuer die Erklarung der Arbeitslosigkeit

Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics

Provided in Cooperation with:

Edward Elgar Publishing

Suggested Citation: Kromphardt, Juergen; Schneider, Stephanie (2006) : Zur Bedeutung der Arbeitsmarktbedingungen fuer die Erklarung der Arbeitslosigkeit, Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics, ISSN 2195-3376, Metropolis-Verlag, Marburg, Vol. 03, Iss. 2, pp. 193-200,
<https://doi.org/10.4337/ejeep.2006.02.02>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/277073>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Starbatty (Hg.), Währungsunion und Weltwirtschaft, Stuttgart 1999 • Money, Capital and System Transformation, London / Basingstoke: MacMillan 2001 • Grundlegungen eines monetären Keynesianismus, Ausgewählte Schriften 1964–1999, 2 Bde., Marburg 2001

Zur Bedeutung der Arbeitsmarktbedingungen für die Erklärung der Arbeitslosigkeit

Labour Market Conditions and Unemployment

Jürgen Kromphardt, Stephanie Schneider**

In der öffentlichen Diskussion – und leider auch in wirtschaftswissenschaftlichen Debatten – wird häufig behauptet, dass Arbeitslosigkeit nur durch das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt erklärt werden könne. Deshalb müsse der Arbeitsmarkt reformiert werden, um die Unterbeschäftigung zu verringern. Diese Fixierung auf den Arbeitsmarkt als Ursache der Arbeitslosigkeit hat Solow als Ergebnis eines Fehlschlusses kritisiert. Dies sei so, als ob jemand bei einem platten Reifen das Loch nur an der Stelle vermute, an der der Reifen platt gedrückt auf der Fahrbahn aufliege, obwohl sich das Loch, das zum Entweichen der Luft geführt habe, durchaus an einer anderen Stelle befinden könne (Solow 2000: 4).

Woher rührt nun diese häufig anzutreffende Fixierung auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktbedingungen? Offensichtlich wird das Symptom, die Unterbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt, für die Ursache gehalten, die eigentlich erst noch zu ergründen wäre. Konsequenterweise werden dann Änderungen bei den Arbeitsmarktbedingungen gefordert. Zwei von diesen stehen im Vordergrund: a) die strukturellen Diskrepanzen zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage und b) die Höhe des Reallohns.

Zur strukturellen Arbeitslosigkeit

Von struktureller Arbeitslosigkeit spricht man dann, wenn Angebot und Nachfrage in ihrer Struktur nicht zusammen passen, so dass es gleichzeitig Arbeit suchende Erwerbspersonen und Arbeitskräfte suchende Unternehmen gibt. Die Strukturdiskrepanzen können sich vor allem auf das Alter, die Qualifikation, die Berufsgruppe und die Region beziehen. Am gravierendsten sind die Differenzen in der Qualifikation. In Deutschland übersteigt das Angebot an gering qualifizierten Arbeitskräften (statistisch abgrenzbar z.B. durch das Fehlen eines berufsbildenden Abschlusses) die Nachfrage nach solchen Arbeitskräften deutlich. Dabei ist die zu geringe Arbeitsnachfrage in diesem Bereich u.a. auf die Qualifikations-

* Technische Universität Berlin.

anforderungen der in Deutschland verwendeten Techniken und auf die Verlagerung von Produktionsprozessen, die viele gering qualifizierte Arbeitskräfte benötigen, ins Ausland zurückzuführen. Die Unternehmen dagegen suchen, wenn überhaupt, gut qualifizierte Arbeitskräfte – mit der Folge, dass die Arbeitslosenquote umso niedriger ist, je höher die Arbeitskräfte qualifiziert sind.

Die Existenz struktureller Arbeitslosigkeit ist unstrittig. Strittig ist allerdings ihr Ausmaß, denn alle zu ihrer Quantifizierung verwendeten Messverfahren sind problematisch. Misst man die strukturelle Arbeitslosigkeit an der aktuellen, niedrigen und statistisch schlecht erfassbaren Zahl der offenen Stellen, so werden die strukturellen Diskrepanzen zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage stark unterschätzt. Mit dem Konzept der Beveridge-Kurve, die sich aus einer Regression zwischen der Zahl der offenen Stellen und der Arbeitslosenzahl über mehrere Jahre hinweg ergibt, versucht man, dieser Kritik Rechnung zu tragen. Diejenige Arbeitslosigkeit wird als strukturell definiert, die bestehen bliebe, wenn die Zahl der offenen Stellen genauso groß geworden ist wie die Zahl der Arbeitslosen. Dies zu schätzen ist für Deutschland kaum mehr möglich, weil eine derartige Situation über 30 Jahre zurückliegt; seither gibt es immer deutlich mehr Arbeitslose als offene Stellen.

Eine Überschätzung ergibt sich, wenn man das Ausmaß struktureller Arbeitslosigkeit dadurch ermittelt, indem man zunächst die konjunkturelle Arbeitslosigkeit aus der Differenz der Arbeitslosenzahlen im konjunkturellen Höhepunkt und in der Rezession berechnet und dann die gesamte restliche Arbeitslosigkeit als strukturell interpretiert. Dies wäre nur dann gerechtfertigt, wenn in den vergangenen Jahrzehnten an den konjunkturellen Höhepunkten die Arbeitslosigkeit so weit zurückgegangen wäre, dass man mit gutem Gewissen behaupten könnte, dass die Arbeitslosen nur aufgrund von Strukturdiskrepanzen nicht beschäftigt gewesen seien. Es hat jedoch seit den frühen 1970er Jahren keinen Hochpunkt der Konjunktur mehr gegeben, in dem die Beschäftigung in die Nähe einer solchen Arbeitsmarktsituation gekommen wäre.

Zählt man hilfswise alle Arbeitslosen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung aufweisen, als strukturell Arbeitslose, so erhält man 2004 einen Anteil der strukturell Arbeitslosen an allen registrierten Arbeitslosen von rund einem Drittel. Dieselbe Größenordnung ergibt sich, wenn man alle Langzeitarbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, als strukturell arbeitslos betrachtet. Damit ist auf jeden Fall für mehr als die Hälfte der Arbeitslosen eine andere Erklärung notwendig.

Zur Bedeutung des Reallohns

Der Reallohn erhält eine zentrale Bedeutung im Grundmodell des neoklassischen Arbeitsmarkts, in dem die steigende Arbeitsangebotskurve und die fallende Arbeitsnachfragekurve vom Reallohn abhängig sind. Es existiert stets ein Reallohn, bei dem Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage übereinstimmen. Übersteigt das Arbeitsangebot die Arbeitsnachfrage, muss der Reallohn zu hoch sein und die reallohnbedingte Arbeitslosigkeit, die zur strukturellen Arbeitslosigkeit hinzutritt, verursacht haben.

Der angenommene Verlauf der beiden Kurven ist jedoch an zwei Voraussetzungen geknüpft, die mit der Realität kollidieren. Erstens käme eine steigende Angebotskurve eindeutig nur dann zustande, wenn die Arbeitsanbieter nur die mit steigendem Reallohn zunehmenden Opportunitätskosten der Freizeit berücksichtigten, nicht aber den entgegen gerichteten Einkommenseffekt. Dieser resultiert daraus, dass sie sich bei höherem Stundenlohn mehr Freizeit leisten und insgesamt sowohl ein höheres Einkommen als auch mehr Freizeit genießen können. Dementsprechend sind die empirisch ermittelten Reallohnelasticitäten meist sehr niedrig (Franz 1996: 6) und die Angebotskurve verläuft sehr steil.

Zweitens gilt die fallende Arbeitsnachfragekurve, die der Kurve des physischen Grenzprodukts der Arbeit entspricht, nur bei vollständiger Konkurrenz. Bei unvollständiger Konkurrenz hingegen, die auf praktisch allen Gütermärkten besteht, fragen die Unternehmer bei jedem Reallohn weniger Arbeit nach, als es dem physischen Grenzprodukt der Arbeit entspricht, weil für ihre Arbeitsnachfrage das wertmäßige Grenzprodukt relevant ist. Bei dessen Berechnung müssen die Unternehmer berücksichtigen, dass sie eine größere Stückmenge ihrer Produktion nur zu einem niedrigeren Preis verkaufen können. Daher fällt die Kurve des Wertgrenzprodukts stets rascher als jene des physischen Grenzprodukts. Bei jeder Arbeitsmenge ist das wertmäßige Grenzprodukt kleiner als das physische, und während das physische Grenzprodukt stets im positiven Bereich bleibt, wird das Wertgrenzprodukt bei der Gütermenge, bei der der Grenzumsatz Null wird, ebenfalls Null. Eine höhere Nachfrage nach Arbeit erforderte dann einen negativen Reallohn.

Diese mikroökonomische Arbeitsnachfragekurve verschiebt sich bei gegebener Preis-Absatz-Funktion zusammen mit dem physischen Grenzprodukt nach rechts, wenn durch technischen Fortschritt die durchschnittliche und marginale Arbeitsproduktivität steigen. Sie verschiebt sich andererseits bei gegebener Produktionstechnik nach links, wenn sich (z.B. in einer Abschwungsphase) die Preis-Absatz-Funktion nach links verschiebt. Es kann daher durchaus geschehen, dass sich bei schlechten Absatzerwartungen der Unternehmer die Arbeitsnachfragekurve und die Arbeitsangebotskurve nicht im positiven Bereich schneiden. Der Gütermarkt wirkt also über den Absatz und die Absatzerwartungen der Unternehmer in den Arbeitsmarkt hinein.

Das arbeitsmarkttheoretische Standardmodell

Um die Beschränkung des neoklassischen Modells auf den unrealistischen Fall der vollständigen Konkurrenz überwinden zu können, hat sich in der modernen Arbeitsmarkttheorie in den letzten 20 Jahren ein »Standardmodell« durchgesetzt, das den heutigen Gegebenheiten auf der Angebots- und Nachfrageseite des Arbeitsmarktes und auf den Gütermärkten Rechnung trägt. Es wurde von Layard/Nickell (1986) zuerst entworfen und von Carlin/Soskice (1990) weiterentwickelt. Bean (1994) sowie Franz (1996) verwenden es in ihren Übersichtsaufsätzen zur Ursachenanalyse der Arbeitslosigkeit. Die strukturelle Arbeitslosigkeit wird explizit nicht berücksichtigt.

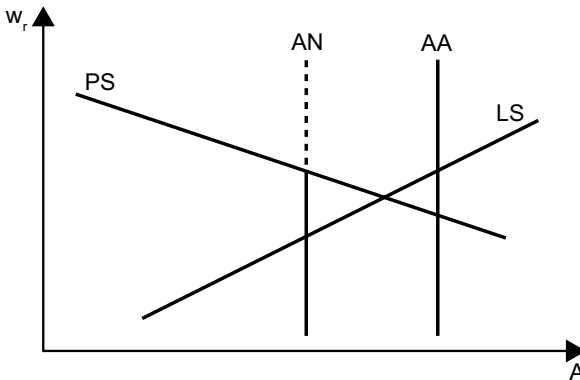
In diesem Standardmodell (vgl. Abbildung 1, S. 196) wird auf der Seite der Arbeitsanbieter zwischen der aggregierten individuellen Angebotskurve und der kollektiven Lohn-

setzungskurve unterschieden. Mit letzterer wird berücksichtigt, dass Löhne überwiegend nicht individuell ausgehandelt, sondern in Tarifverträgen kollektiv vereinbart werden.

Die aggregierte, individuelle Arbeitsangebotskurve (AA) verläuft aufgrund der genannten empirischen Ergebnisse sehr steil und wird der Einfachheit halber als unabhängig vom Reallohn gezeichnet; damit wird berücksichtigt, dass die einzelnen Arbeitsanbieter auf Änderungen der Reallohne unterschiedlich reagieren, je nachdem, welches Gewicht bei ihnen der Substitutionseffekt bzw. der Einkommenseffekt hat.

Die Lohnsetzungskurve (LS) gibt an, welchen Reallohn die Arbeitnehmer bei alternativen Beschäftigungsniveaus durchsetzen, wobei sie die von ihnen erwartete Preissteigerung zugrunde legen. Diese Kurve hat einen steigenden Verlauf, weil sich bei günstigerer Beschäftigungssituation die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer deutlich verbessert. Hervorzuheben ist, dass gegenüber dem neoklassischen Grundmodell die Ursache-Wirkungs-Beziehung umgedreht ist: Während dort die Höhe des Reallohns das Arbeitsangebot bestimmt, bestimmt hier das Beschäftigungsniveau den Reallohn, den die Arbeitnehmer mittels der Gewerkschaften durchsetzen. Carlin / Soskice (1990: 138) haben diese Kurve deshalb als »Kurve des verhandelten Reallohns« bezeichnet.

Abbildung 1: Der Arbeitsmarkt im vervollständigten Standardmodell



Quelle: Eigene Darstellung

Auf der Arbeitsnachfrageseite stellt die Preissetzungskurve (PS) das Pendant zur LS-Kurve dar. Sie hat auch deren Wirkungsrichtung: Im Gegensatz zur traditionellen Arbeitsnachfragekurve soll sie angeben, welcher Reallohn sich bei alternativen Beschäftigungsniveaus ergibt, und zwar ex post aufgrund der tatsächlichen Preissetzung der Unternehmen. Diese Kurve wird stets mit fallendem Verlauf gezeichnet, wobei ihre Begründung wenig überzeugend ist. Sie soll sich aus dem Zusammenspiel eines fallenden Grenzprodukts der Arbeit und eines variablen Aufschlags auf die Grenzkosten bei *mark up*-Preisbildung ergeben. Falls dieser Aufschlag – wie Franz (1996: 5 f.) vermutet – positiv mit der Beschäftigung korreliert ist, ergäbe sich ein fallender Verlauf der PS-Kurve selbst bei konstantem Grenzprodukt der Arbeit. Carlin / Soskice (1990: 140 f.) vermuten dagegen, der Aufschlag werde mit

steigender Beschäftigung zurückgehen. Bean (1994: 599) verweist auf empirische Studien, die darauf hindeuten, dass die PS-Kurve ziemlich flach verläuft. In seiner ökonometrischen Untersuchung über die Jahre 1970 bis 1990 kommt Linnemann (1999) zu dem Ergebnis, der Aufschlag verändere sich antizyklisch. Je höher die Beschäftigung, desto niedriger sei der Aufschlag. Ein Argument für dieses Preissetzungsverhalten könne in den bei hohen Fixkosten degressiven Stückkosten vermutet werden.

Die in der Literatur gelieferte Interpretation der PS-Kurve ist allerdings fragwürdig; denn wieso sollten die Unternehmen bei niedriger Beschäftigung nachträglich – und ohne dass sie dies bei den Lohnverhandlungen voraussahen – die Produktpreise so stark senken, dass der Reallohn ex post deutlich höher liegt, als beim Tarifsabschluss erwartet wurde? Unsere Schlussfolgerung aus dieser Frage lautet: Die PS-Kurve gibt keinen realisierten Reallohn an, sondern die Grenze, bis zu der die Unternehmen den Reallohn maximal erhöhen könnten, ohne dass sich ihre Rendite so stark verringert, dass sie die Produktion einstellen. Der Abstand zwischen der LS- und der PS-Kurve ist also der potentielle beschäftigungsunschädliche Lohnerhöhungsspielraum.

Unabhängig von dieser Interpretationsfrage ist die PS-Kurve eindeutig keine Arbeitsnachfragekurve. Das betont auch Franz (1996: 5 f.):

»[B]ei unvollständiger Konkurrenz auf dem Produktmarkt erfolgt eine Zuschlagskalkulation [...] jetzt spiegelt die WD-Kurve (*seine Bezeichnung für die PS-Kurve; J.K./St.S.*) das Preissetzungsverhalten von Firmen in Abhängigkeit des Arbeitseinsatzes wider: Eine höhere Beschäftigung führt zu höheren Preisen und damit bei gegebenem Nominallohn zu einem niedrigeren Reallohn.«

Das Modell bleibt also unvollständig, solange eine Nachfragekurve nach Arbeit fehlt. Diese Lücke bleibt bei Franz (1996) bestehen; sie lässt sich aber mit Hilfe der Aussage von Carlin / Soskice (1990: 159) füllen, wonach die Nachfrage nach Arbeit (AN) von der Güternachfrage bestimmt wird:

»In the imperfect competition model, output, y , is fixed by the *demand for output*. The level of output in the economy depends on the level of aggregate demand in the *IS/LM* diagram, and this, via the short-run production function, determines the level of employment.«

Mit dieser Nachfragekurve nach Arbeit werden die Wirkungen der Kreislaufzusammenhänge im Arbeitsmarktmodell berücksichtigt. Die von den Unternehmen geplante Produktion bestimmt ihre Nachfrage nach Arbeit. Daraus resultiert eine senkrechte Kurve der Nachfrage nach Arbeit (AN), die von der Güternachfrage bestimmt wird. Sie ist bis zur PS-Kurve gültig und vervollständigt das Modell.

Ursachen der Arbeitslosigkeit im vervollständigtem Standardmodell

Im Standardmodell kann die Arbeitslosigkeit nachfrage- und reallohnbedingt sein. Ob das Reallohnniveau die Beschäftigung begrenzt und damit ein Hemmnis für eine Beschäftigungs-

expansion bei steigender Güternachfrage darstellt oder ob die Güternachfrage die entscheidende Begrenzung darstellt, hängt von der Lage der Lohnsetzungskurve im Verhältnis zur Preissetzungskurve und von der Lage der AN-Kurve ab. Bei der in Abbildung 1 (S. 196) gewählten Konstellation würde eine Expansion der Arbeitsnachfrage aufgrund verbesserter Absatzaussichten auf den Gütermärkten zu höherer Beschäftigung führen. Das Lohnniveau stellt dafür kein Hindernis dar, solange der von den Unternehmen hinnehmbare Reallohn höher liegt als der mit den Arbeitnehmern vereinbarte. Ein weiterer Anstieg der Arbeitsnachfrage über den Schnittpunkt der PS- und LS-Kurve hinaus führte nur vorübergehend zu mehr Beschäftigung; eine dauerhafte Erhöhung würde an der Unvereinbarkeit von Lohnansprüchen der Arbeitnehmer und Gewinnansprüchen der Arbeitgeber scheitern. Stattdessen ergäbe sich eine Lohn-Preis-Spirale, die vermutlich die Zentralbank zu einer restriktiven Geldpolitik veranlasst, wodurch die Arbeitsnachfrage wieder reduziert wird. Der Schnittpunkt von LS- und PS-Kurve bestimmt also die niedrigste Arbeitslosenquote, bei der die Inflationsrate noch konstant bleiben kann (NAIRU). Rechts von diesem Punkt stellt das Lohnniveau ein Hemmnis für mehr Beschäftigung dar.

Entspricht die Arbeitsnachfrage genau dieser NAIRU, so kann aufgrund der Wirkungsrichtung bei der LS- und der PS-Kurve eine Lohnsenkung, also eine Verschiebung der LS-Kurve nach unten, nicht der Motor für mehr Beschäftigung sein, sie kann nur den Spielraum für mehr Beschäftigung vergrößern. Die Beschäftigungszunahme selbst muss von den Gütermärkten angestoßen werden, auf denen eine Mehrnachfrage eine höhere Produktion auslöst, für die mehr Arbeitskräfte oder mehr Arbeitsstunden benötigt werden.

Zur Relevanz der Gütermarkt- und Arbeitsmarktbedingungen

In Deutschland ist seit 1991 und in Westdeutschland schon seit 1974 ein ständiges, allerdings nicht kontinuierlich verlaufendes Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Welche der drei Erklärungsfaktoren (größere strukturelle Diskrepanzen, höhere Reallöhne, immer weniger zureichende Güternachfrage) lassen sich für diese Entwicklung verantwortlich machen?

Es dürfte sehr schwierig sein, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit mit größeren strukturellen Diskrepanzen zu begründen; denn der Anteil der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung an allen Arbeitslosen, der 1980 in der alten Bundesrepublik noch bei 54 Prozent lag, beträgt 2004 nur noch 34,3 Prozent. Zwei Drittel der Arbeitslosen hatten dagegen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Arbeitsmarkt rigiditäten und Lohnersatzleistungen, die die Bereitschaft von Arbeitnehmern reduzieren könnten, dem Strukturwandel zu folgen und ihren Arbeitsplatz zu wechseln oder, falls sie entlassen werden, einen neuen, häufig weniger gut bezahlten Arbeitsplatz anzunehmen, sind in den letzten Jahren eher abgebaut als vergrößert worden. Auch gibt es keine Informationen, wonach die Bemühungen der Arbeitnehmer, durch berufliche Weiterbildung oder Umschulung dem Strukturwandel zu folgen, nachgelassen hätten.

Genau so wenig lässt sich für Deutschland belegen, dass die Reallöhne einen stärkeren Einfluss auf die Höhe der Arbeitslosigkeit genommen hätten. Ganz im Gegenteil lässt sich

feststellen, dass die Relation Reallöhne zu Arbeitsproduktivität (auch als Reallohnposition bezeichnet) in Deutschland von 1982 bis 1991 kontinuierlich und deutlich gefallen ist. Die Reallöhne sind hinter der Produktivitätssteigerung zurückgeblieben, die LS-Kurve hat sich nach unten verschoben. Ähnliches gilt für die Entwicklung in Gesamtdeutschland ab 1991: Leichten Anstiegen in den Jahren 1992 und 2000 standen kräftige Rückgänge von 1993 bis 1998 und nach 2001 gegenüber.

Auch im internationalen Vergleich lässt sich eine Entschärfung der Reallohnproblematik feststellen: Die Lohnstückkosten weisen (in nationaler Währung) seit 1995 in Deutschland die mit Abstand niedrigsten Zuwächse im Euroraum auf, nämlich zwei Prozent in zehn Jahren gegenüber 13 Prozent im Euroraum, 31 Prozent in Großbritannien und 21 Prozent in den USA (vgl. EU-Kommission 2005).

Bezeichnend ist, dass der höhere Lohnkostenanstieg in den USA und in Großbritannien die starke Ausweitung der Beschäftigtenzahlen nicht verhindert, sondern möglicherweise sogar gefördert hat. Diese resultierte aus einer kontinuierlichen Expansion der Güternachfrage, die von einer pragmatischen, tendenziell expansiven Geldpolitik und von einer hohen Konsumquote gestützt wurde (vgl. Horn 1998).

Damit verbleibt als hauptsächliche Erklärung der gestiegenen Arbeitslosigkeit die von konjunkturellen Schwankungen überlagerte dauerhafte Schwäche der Güternachfrage in Deutschland. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat zwar in seinem Jahresgutachten 2004 die Schwäche der Binnennachfrage hervorgehoben; wirtschaftspolitische Konsequenzen zieht seine Mehrheit daraus jedoch nicht (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2004). Vielmehr fordert sie unverändert Lohnzurückhaltung (von ihr wird die Konsumgüternachfrage belastet), Konsolidierung der öffentlichen Haushalte (sie schwächt die staatliche und private Güternachfrage) und preisniveaurorientierte Geldpolitik (sie kann über höhere Zinsen die Investitionsgüternachfrage belasten). Dagegen betonen ausländische Beobachter verstärkt, dass Deutschland unter einer Nachfrageschwäche leidet, die zu Wachstumsdefiziten führt und die es bei der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik zu beachten gilt. Zu nennen sind hier vor allem das »Economists' Manifesto on Unemployment in the European Union« von Modigliani et al. (1998), das von vielen renommierten Ökonomen mitgetragen wird, sowie Krugman (1998), Modigliani (1995) und Solow (2000). Sie betonen die Notwendigkeit des kombinierten Einsatzes von Angebots- und Nachfragepolitik und entsprechen damit dem berühmten Diktum von Paul Samuelson: »The Lord gave us two eyes to watch both sides – demand and supply.«

Ohne die Wichtigkeit geeigneter Arbeitsmarktbedingungen bestreiten zu wollen, bleibt als Schlussfolgerung die Einsicht, dass die Situation auf dem Gütermarkt, von der die Nachfrage nach dem Produktionsfaktor Arbeit bestimmt wird, mindestens genau so wichtig, in manchen Fällen auch wichtiger, für die Erklärung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist als die Arbeitsmarktbedingungen.

Literatur

- Bean, Charles (1994): European Unemployment: A Survey, in: *Journal of Economic Literature*, Jg. 32, Nr. 2, S. 573–619
- Carlin, Wendy/Soskice, David (1990): *Macroeconomics and the Wage Bargain. A Modern Approach to Employment, Inflation, and the Exchange Rate*, Oxford: Oxford University Press
- EU-Kommission (2005): *Europäische Wirtschaft, Statistischer Anhang*, Brüssel
- Franz, Wolfgang (1996): Theoretische Ansätze zur Erklärung der Arbeitslosigkeit. Wo stehen wir 1995?, in: Gahlen, Bernhard/Hesse, Helmut/Ramser, Hans-Jürgen (Hg.), *Arbeitslosigkeit und Möglichkeiten ihrer Überwindung*, Tübingen, S. 3–45
- Horn, Gustav-Adolf (1998): Beschäftigungswachstum in den USA – Ein erklärbares Wunder, in: *DIW-Wochenbericht*, Jg. 68, Nr. 9, S. 173–180
- Krugman, Paul (1998): The Return of Demand-side Economics. Vortrag an der FU Berlin, Freie Universität Berlin, S. 22–40
- Layard, Richard/Nickell, Stephen (1986): Unemployment in Britain, in: *Economica*, Jg. 53, Nr. 210(S), S. 121–169
- Linnemann, Ludger (1999): Sectoral and Aggregate Estimates of the Cyclical Behavior of Markups: Evidence from Germany, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 135, Nr. 3, S. 450–500
- Modigliani, Franco (1995): The European Unemployment Crisis: A Monetarist-Keynesian Approach and its Implications, in: Gebauer, Wolfgang/Rudolph, Bernd (Hg.), *Finanzmärkte und Zentralbankpolitik*, Frankfurt am Main, S. 11–37
- Modigliani, Franco, et al. (1998): An Economists' Manifesto on Unemployment in the European Union, in: *Banca Nazionale di Lavoro, Quarterly Review*, Vol. 51, S. 1–19
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004): *Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004*, Wiesbaden
- Solow, Robert (2000): Unemployment in the United States and in Europe. A Contrast and the Reasons, in: *Ifo-Studien*, Jg. 46, Nr. 1, S. 1–12